



ARMIN SCHWARZ MdL



Konsequente Bekämpfung des Antisemitismus ist Bestandteil unserer Werteordnung in Deutschland

- Neues Präventionsprogramm des Kultusministeriums hilft betroffenen Schülern und sensibilisiert vor den Gefahren des Antisemitismus
- Absage an alle Erscheinungsformen von Judenfeindlichkeit gilt es Schülern als selbstverständliche Verpflichtung zu lehren
- Wer jüdisches Leben in Deutschland oder das Existenzrecht Israels ablehnt, kann keinen Platz in unserem Land haben

Ausführliche Informationen zu dem Thema finden Sie auf der letzten Seite dieser Ausgabe.

LIEBE BÜRGERINNEN, LIEBE BÜRGER


seit 2011 darf ich Sie und Ihre Interessen im Wahlkreis 5 (Waldeck-Frankenberg I) im Hessischen Landtag vertreten. Ich freue mich sehr, dass ich dies auch in der neuen Legislaturperiode fortsetzen kann.

Als schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion bin ich im Besonderen für alle bildungspolitischen Fragen zuständig. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie mir zu diesem, aber auch zu anderen Themen der Landespolitik Ihre Meinung mitteilen.

Für mich als Landtagsabgeordneter sind Sie wichtige Ansprechpartner in allen Fragen der Politik. Treten Sie daher mit mir und meinem Wahlkreisbüro in Korbach in Kontakt, damit ich Sie in Wiesbaden mit

meiner Stimme entschlossen vertreten kann. Gerne können Sie mich aber auch persönlich ansprechen, vereinbaren Sie dazu am besten einen Termin mit meinen Mitarbeitern (Tel.: 05631/503330).

Nutzen Sie die Gelegenheit, mit Hilfe des Newsletters mehr über meine Arbeit in Wiesbaden zu erfahren.

Erfahren Sie mehr über mich auch auf: www.armin-schwarz.de oder  [facebook.com/schwarz.armin](https://www.facebook.com/schwarz.armin)

Ihr



Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne stelle ich Ihnen heute die neue Ausgabe „Aktuelles aus dem Landtag“ vor.

Mit diesem Format informieren wir Sie regelmäßig über unsere Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger im Hessischen Landtag. Unter anderem haben wir uns mit folgenden Themen beschäftigt:

Im letzten Plenum stand u.a. die Wohnungspolitik auf der Tagesordnung: SPD und Linke fordern die Einführung Mietpreisdeckelungen und Enteignungen – die CDU zeigt deutlich, dass dies kein Lösungsansatz zur Bekämpfung von Wohnungsnot ist. Außerdem können sich die Landesbeschäftigten in Hessen freuen, der neue Tarifabschluss bringt ein Lohnplus von acht Prozent. Welche Vorteile der Abschluss noch mit sich bringt, lesen Sie in diesem Newsletter. Der Pakt für den Rechtsstaat war ebenfalls Thema während des Plenums. In diesem geht es vor allem darum, dass sich der Bund in personelle und finanzielle Bereiche der Justiz und Polizei einbringt.

Wenn Sie mehr erfahren wollen, empfehle ich Ihnen diese interessante Lektüre weiterzulesen.

Für weitere Informationen können Sie unsere Internetseite unter www.cdu-fraktion-hessen.de besuchen sowie Anregungen, Fragen oder Rückmeldungen an cdu-fraktion@ltg.hessen.de richten.

Es grüßt Sie

Holger Bellino
Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

WOHNRAUM SCHAFFEN OHNE EINGRIFFE INS EIGENTUM

Der angespannte Wohnungsmarkt ist ein Dauerthema – und wurde auch dieses Mal umfangreich im Plenum diskutiert. Lösungen für dieses Problem zu finden, stellt tatsächlich eine der drängendsten Aufgaben unserer Politik in den kommenden Jahren dar.

Dabei darf die Antwort kein Mehr an Vorschriften sein – wie die Einführung eines Mietpreisdeckels oder Enteignungen von Wohneigentum, was SPD und Linke fordern – die das Bauen für Investoren noch teurer, riskanter und unattraktiver machen. Wir setzen auf eine Vielzahl abgestimmter Maßnahmen:

Die in der angelaufenen Legislaturperiode zur Verfügung stehenden 2,2 Milliarden Euro Fördermittel, für etwa 22.000 Wohnungen, sind ein deutlicher Beweis für unser Engagement in der Wohnungsbaupolitik. Zudem soll der Bestand der

„Die Bereitstellung von Baulandflächen, die Anrechnung neuer Baugebiete im kommunalen Finanzausgleich, die gezielte Eigentumsförderung oder auch der bezahlbarer Wohnungen durch staatliche Wohnungsgesellschaften.“

mehrheitlich landeseigenen Nassauischen Heimstätte auf mindestens 75.000 Wohnungen anwachsen.

Heiko Kasseckert,
wohnungspolitischer
Sprecher



NEUER TARIFABSCHLUSS GARANTIERT KRÄFTIGES LOHNPLUS



Alexander Bauer, innenpolitischer Sprecher

In der Aktuellen Stunde der CDU-Fraktion hat unser innenpolitischer Sprecher, Alexander Bauer, dargelegt, was der neue

Tarifabschluss für die Landesbeschäftigten bedeutet.

Demnach bekommen die rund 45.000 Mitarbeiter des Landes rückwirkend zum 1. März 2019 3,2 Prozent mehr Gehalt. Ab dem 1. Februar 2020 erhöhen sich die Bezüge nochmals um 3,2 Prozent und ab dem 1. Januar 2021 um weitere 1,4 Prozent. Wir werden außerdem die Tarifverhandlungsergebnisse auf die Beamtenbesoldung übertragen.

Des Weiteren profitieren auch Auszubildende und Praktikanten von der Einigung – mit einem sogenannten Nachwuchspaket. Dieses umfasst eine Entgelterhöhung

von 120 Euro in zwei Schritten (jeweils 60 Euro), einen Tag mehr Urlaub, die Verlängerung der Regelungen für eine

„Vor allem garantiert der neue Tarifabschluss den Beamtinnen und Beamten ein kräftiges Lohnplus von acht Prozent in den nächsten drei Jahren.“

Übernahme der Auszubildenden und eine Kinderzulage in Höhe von 100 Euro für jedes Kind, ab dem dritten Kind sind es sogar 150 Euro.

Auch das Landesticket können die hessischen Beschäftigten auch weiterhin für den Öffentlichen Personennahverkehr in ganz Hessen mit umfangreichen Mitnahmeregelungen kostenlos nutzen.

PAKT FÜR DEN RECHTSSTAAT

Unser Setzpunkt am Plenar-Mittwoch beschäftigte sich mit dem Pakt für den Rechtsstaat.

Wir begrüßen, dass sich nun auch endlich der Bund an den gestiegenen Sicherheitskosten beteiligt.

Die Vereinbarung sieht vor, im Zeitraum von Anfang 2017 bis Ende 2021, bundesweit 2000 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte zu schaffen und zu besetzen. Für Polizeiaufgaben wollen Bund und Länder in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich je 7500 neue Stellen in diesem Zeitraum bereitstellen. Weiterhin sieht der «Pakt für den Rechtsstaat» eine Vereinfachung und Beschleunigung gerichtlicher Verfahren einschließlich

„Nur ein starker Staat garantiert Freiheit und Sicherheit.“

Asylverfahren vor.

Seit 2014 haben wir zusätzliche 500 Stellen in der Justiz geschaffen und die Polizeivollzugsstellen um elf Prozent ebenfalls kräftig aufgestockt. Außerdem wurde 2017 mit einem 10-Punkte-Maßnahmenprogramm eine massive Stärkung im Justizbereich vorgenommen. In dem Zeitraum zwischen 2017 und 2019 wurden rund 56 Millionen Euro in das Justizaufbauprogramm investiert. Im

Doppelhaushalt 2018/19 haben wir die Weichen dafür gestellt, diese Stärkung fortzusetzen.



Christian Heinz, rechtspolitischer Sprecher

DEMONSTRATIONSRECHT STEHT NICHT ÜBER DER SCHULPFLICHT

„Das Demonstrationsrecht steht nicht über der Schulpflicht. Grundsätzlich gilt eine Anwesenheitspflicht während der Schulzeit für alle Schülerinnen und Schüler. Politisches und gesellschaftliches Engagement darf am Ende nicht dazu führen, dass schulische Lernziele vernachlässigt werden und sich die Vorbereitung auf Klausuren nach den Terminen von Demonstrationen richtet. Als CDU sagen wir klar: Politische Beteiligung ganz gleich zu welchem Thema darf kein Freibrief dafür sein, dem Unterricht fernzubleiben. Wie eine heute veröffentlichte Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov zeigt, hält eine Mehrheit von 54 Prozent der Deutschen nichts davon, dass Schüler während der Unterrichtszeit für den Klimaschutz demonstrieren.“

Der Klimaschutz ist selbstverständlich eine der herausforderndsten Aufgaben unserer Zeit. Wir begrüßen es als CDU außerordentlich, wenn sich vor allem junge Menschen diesem Thema widmen, denn es geht um ihre Zukunft. Dieses Engagement wird umso glaubwürdiger, wenn es in der Freizeit geschieht und nicht während der Unterrichtszeit. Grundlage für eine erfolgreiche Zukunft ist das Wissen, das sich ein Mensch während seines Lebens aneignet. Für diese Wissens- und Kompetenzvermittlung stehen unsere Schulen. Es existiert eine Vielzahl von politischen, gesellschaftlichen, historischen, kulturellen oder ökonomischen Themen, deren Bedeutung und deren Relevanz über jeden Zweifel erhaben sind. Diese gilt es im Unterricht durch ausgebildete Lehrkräfte pädagogisch sinnvoll aufzuarbeiten.“

KONSEQUENTE BEKÄMPFUNG DES ANTISEMITISMUS

IST BESTANDTEIL UNSERER WERTEORDNUNG IN DEUTSCHLAND

„Es ist ein alarmierendes Zeichen, wenn auch drei Generationen nach der Shoah die Zahl der antisemitischen Straftaten in Deutschland im vergangenen Jahr um rund zehn Prozent auf 1646 offiziell registrierte Vorfälle angestiegen ist und noch immer keine jüdische Einrichtung ohne Polizeischutz und Videoüberwachung auskommt. Das Bekenntnis zu jüdischem Leben in Deutschland erfordert ein massives Vorgehen gegen die unterschiedlichen Erscheinungsformen des von rechten und linken sowie neuerdings verstärkt auch von islamistischen Kräften verbreiteten Antisemitismus. Die Wiedererrichtung jüdischer Gemeinden in Deutschland nach 1945 ist ein historischer Glücksfall, der Staat und Gesellschaft besondere Anstrengungen zum Schutz jüdischen Lebens in Deutschland abverlangt. Gerade Schüler gilt es daher aufzuklären und ihnen ein Wertesystem zu vermitteln, das Orientierung bietet und sie auf die historische Verantwortung aus dem Zivilisationsbruch der Shoah verpflichtet.“

Die Schulen, aber auch die gesamte Gesellschaft, haben die jungen Menschen dabei zu befähigen, die beispiellosen Verbrechen aus der Zeit des Nationalsozialismus und die daraus resultierenden Folgen richtig einzuordnen, die entschiedene Absage an alle Formen von Antisemitismus und Judenfeindlichkeit als selbstverständliche Verpflichtung aufzufassen und die Beziehungen zu unseren jüdischen Mitbürgern nach den Grundsätzen der gegenseitigen Achtung und Toleranz zu gestalten. Es ist daher erfreulich, dass das Hessische Kultusministerium neben den bestehenden Programmen zur Bekämpfung antisemitischer Umtriebe ein Projekt zur Prävention, Intervention und Beratung von Jugendlichen an Schulen mit ins Leben gerufen hat, das betroffenen Schülern Schutz und Unterstützung bietet und Mitschüler und Lehrkräfte für die Gefahren des Antisemitismus sensibilisiert.

(die komplette PM finden Sie auf meiner Homepage)

TERMINE

- ▶ **18.04.2019**
Empfang Ski-Club Willingen
- ▶ **08.05.2019**
Zentralveranstaltung
Nachwuchsförderprogramm
CDU/JU
- ▶ **17.05.2019**
Eröffnung des Bike-Festivals



Zweite Deutsche Meisterschaft im Brennholzspalten mit dem neuen deutschen Meister „Philipp Stoltmann Team Holzmaschinen“. Herzlichen Glückwunsch an die Sieger und alle Teilnehmer. Einen herzlichen Dank an den Veranstalter, die Brennholzfreunde Schmillinghausen, für eine großartige Veranstaltung bei Kaiserwetter im Fürstentum in Schmillinghausen. Als Schirmherr freue ich mich schon jetzt auf den Wettbewerb im nächsten Jahr.



IMPRESSUM

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 - 350 534 | Telefax: 0611 - 350 552
E-Mail: cdu-fraktion@ltg.hessen.de

Armin Schwarz MdL
Wahlkreis Waldeck-Frankenberg I
Hagenstraße 3a | 34497 Korbach
Tel.: 05631 - 50 33 30 | Fax: 05631 - 50 33 32
a.schwarz@ltg.hessen.de
www.armin-schwarz.de
Fotos: Scarlett Rüger, Julia Hartmann, cdu.de, cduhessen.de